

Dringender Appell: Atombombenversuche einstellen

Prof. Dr. Gustav Hertz, Träger des Nobelpreises, des Leninpreises und des Nationalpreises, übergab am 15. April unserer Zeitung folgende Resolution, die von der Physikalischen Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik einstimmig angenommen wurde:

„Es ist nicht zu bestreiten, daß die Fortführung der Versuche mit Atom- und Wasserstoffwaffen die Gefahr eines Krieges mit diesen Kampfmitteln vergrößert. Außerdem ist schon jetzt als Folge der bisher ausgeführten Versuche eine ernste Gefährdung der Gesundheit und des genetischen Bestandes der Bevölkerung bestimmter Gebiete festzustellen.“

Das japanische Volk, das das erste Opfer des Atomkrieges geworden ist, wird infolge seiner geographischen Lage durch diese Versuche besonders bedroht. Es ist mit Recht zutiefst beunruhigt und ruft um Hilfe.

Die in der Physikalischen Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik vereinigten Physiker fordern alle Wissenschaftler der Welt auf, dringend auf ihre Regierungen einzuwirken, mit dem Ziele, die Einstellung dieser Versuche zu erreichen. Hierzu sollen



sie sich der Mitwirkung aller verantwortungsbewussten Menschen versichern, indem sie diese über die bedrohlichen Folgen der Fortführung derartiger Versuche aufklären.“

FDJ im Klinikum fünftes Rad am Wagen?

In den Kliniken und theoretischen Instituten unserer Universität arbeiten ungefähr zweitausend Jugendliche als Schwestern, Laboranten, medizinisch-technische Kräfte und Lehrlinge. Wenn wir jedoch auf die FDJ-Arbeit der vergangenen Jahre zurückblicken, so müssen wir feststellen, daß von einer richtigen FDJ-Arbeit nicht viel zu spüren war. Die wenigen Veranstaltungen wurden nur von einem kleinen Teil der Jugendlichen besucht. Lange Zeit bestand weder eine FDJ-Leitung noch bestanden FDJ-Gruppen.

Seit Oktober 1955 arbeiten wir als hauptamtliche FDJ-Sekretäre in den Kliniken. Wir haben uns vorgenommen, ein interessantes FDJ-Leben zu gestalten. Wir riefen verschiedene Interessen-

Angestellten andere Freunde heranzuziehen.

Wie kommt es zum Beispiel, daß sich die Schwestern so wenig an der FDJ-Arbeit beteiligen? Als eine Ursache ist sicherlich der Teildienst anzusehen, der es ihnen schwer macht, Gruppenabende und FDJ-Veranstaltungen zu besuchen. Eine andere wichtige Ursache ist jedoch, daß sich die älteren Kollegen zu wenig um die jungen Schwestern kümmern und sie nicht zur FDJ-Arbeit ermuntern. Aber gerade das würde für uns eine große Hilfe bedeuten.

Wir wären heute in unserer Arbeit bestimmt schon weiter, wenn wir durch die FDJ-Hochschulgruppenleitung besser unterstützt und angeleitet würden. Wir haben ohne jede Verbandserfahrung unsere Funktion übernommen. Die einzige Hilfe, die uns von der HGL zufließen würde, war der Einsatz einer Brigade, von der jedoch nur die Freunde vom FMI aktiv arbeiteten. Mit Beginn des Jahres 1957 stellte die Brigade ihre Tätigkeit ein. Es wurde uns zwar von der HGL versprochen, daß eine Fakultät für die FDJ-Arbeit in den Kliniken verantwortlich gemacht werden soll. Bis heute ist trotz unserer wiederholten Mahnungen noch nichts erfolgt.

Zu erwähnen wäre noch, daß man uns auf der Hochschul-Delegiertenkonferenz und auf der letzten Aktivtagung nicht über unsere Probleme sprechen ließ. Sie wären angeblich nicht so wichtig, daß sie in diesem Rahmen diskutiert werden könnten.

Um endlich zu einer guten FDJ-Arbeit an den Kliniken zu kommen, verlangen wir von der HGL in Zukunft eine bessere Unterstützung. Sollte dies nicht möglich sein, so muß man erwägen, die Kliniken der FDJ-Stadtleitung zu unterstellen. Wir können es nicht mehr verantworten, daß die Probleme von zweitausend jungen Menschen länger unbeachtet bleiben.

Helga Strohfeldt, Edith Orschig

„Ich war in Vietnam“ Über ihre Erlebnisse im Krankenhaus in Hanoi berichtet Oberin...

...sengemeinschaften ins Leben, so zum Beispiel für Volkstanz, Latenspieler, Tischtennis und einen Chor. Wir luden zu Jugendfests, Wochenendausflügen, Tanzveranstaltungen und Ferienlagern ein. Doch leider haben wir immer noch sehr wenig Erfolg. Innerhalb der 13 Kliniken und der theoretischen Institute bestehen nur sechs Gruppen, wobei eine Gruppe ungefähr 15 Freunde umfaßt. Unsere zentralen Veranstaltungen werden von ungefähr 150 Freunden besucht, von denen die meisten medizinisch-technische Kräfte und Lehrlinge sind. Für alle Kliniken ist eine FDJ-Leitung verantwortlich. Sie ist jedoch noch so schwach, weil wir es noch nicht verstanden haben, außer Lehrlingen und medizinisch-technischen

Wie die Wifa Kommunalwahlen vorbereitet

Die Parteilung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät begann in ihren Sitzungen am 8. und 15. April mit der Auswertung des 31. Plenums des ZK der SED. Dabei wurden Maßnahmen beraten, die sich für unsere Parteiorganisation im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen ergeben. Wir legten folgende Schwerpunkte fest:

1. Aussprachen mit Jungwählern

Da die Mehrzahl unserer Studenten des 1. und 2. Studienjahres zum ersten Male zur Wahlurne schreiten, müssen vornehmlich diese Freunde mit dem Charakter unserer Wahlen eingehend vertraut gemacht werden. Wir unterstützen deshalb die FDJ-Leitung, bis Ende Mai 1957 zwei FDJ-Gruppenversammlungen durchzuführen. Die Genossen der Agitationskommission der Wifa werden hierfür eine Argumentation ausarbeiten. In diesen Versammlungen sollen besonders folgende Probleme diskutiert werden:

Was ist demokratischer Zentralismus? Warum sind wir für Einzellisten? Der Charakter der Wahlen bei uns und in Westdeutschland.

Die FDJ wird außerdem öffentliche Fora über unser demokratisches Wahlgesetz durchführen. Hierfür sind die Genossen vom Lehrstuhl Staat und Recht der Wifa mit der Durchführung beauftragt.

2. Alle Genossen in die Arbeit einbeziehen

Bis Ende April soll in allen Parteigruppen der Fakultät über die bevorstehenden Wahlen diskutiert werden. Mit der Unterstützung der Parteigruppen-

den der jüngeren Studienjahre wird jeweils ein älterer erfahrener Genosse der Leitungen beauftragt.

Bis zum 4. Mai finden in den vier Grundorganisationen unserer Fakultät Mitgliederversammlungen über das 31. Plenum statt. Hierbei kommt es besonders darauf an, die bisherige Arbeit bei der Vorbereitung auf die Wahlen kritisch zu untersuchen und daraus weitere Maßnahmen abzuleiten.

In einer gemeinsamen Beratung der Fakultätsparieteileitung mit dem Genossen Schlegel, 1. Sekretär der Parteiorganisation Lagifa, wurde über die künftige Zusammenarbeit beider Fakultäten gesprochen. Wir kamen überein, die Genossen der Lagifa in der Agitations- und Propagandaarbeit zu unterstützen sowie gegenseitig Sondervorlesungen auszutauschen.

3. Unterstützung der Wohnparteiorganisationen

Jeder Genosse soll entsprechend dem Beschluß der SED-Stadtleitung Leipzig umgehend Verbindung mit der Leitung der entsprechenden Wohnparteiorganisation aufnehmen, um bei der Aufklärungsarbeit in seinem Wohnhaus zu helfen.

Das Aufklärungslokal der Nationalen Front in der Schützenstraße wird bereits über ein Jahr von den Genossen der Grundorganisation Binnenhandelsökonomik betreut. Eine gründliche Auswertung der Agitationsarbeit in diesem Wohnbezirk wird uns die Vorbereitung der Wahl erleichtern.

Wir sind uns bewußt, daß zur Lösung dieser Aufgabe alle Freunde und Genossen herangezogen werden müssen. Gilt es doch, die Wahlen im Juni 1957 zu

einem überwältigenden Bekenntnis für unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht und für die Einheit Deutschlands zu gestalten.

Thiemig

Funktionär für Agitation der Parteilung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

Die UZ wird über die Wahlvorbereitungen der Wifa weiter berichten. Wir fordern außerdem alle Parteiorganisationen auf, uns von ihren Vorbereitungen zu schreiben.

In Wahlversammlungen über die Gefahren eines Atomkrieges sprechen wollen die Studenten der Seminargruppe 8 der Fakultät für Journalistik. Sie riefen alle Leipziger Kommilitonen auf, ihnen zu folgen.

Arbeit nach Feierabend: Sommerhäuschen



Die Kollegen der Zentral-Tischlerei Rolf Salomo, Karl Schubert, Walter Zschöke und Willi Reichel (v. l. n. r.) sowie die Kollegen Richard Schmolke und Karl Banasch aus dieser Abteilung haben zum 1. Mal in freiwilliger Arbeit ein Sommerhaus entworfen und gebaut, das bequeme drei Personen beherbergen kann (unser Bild). Um die Erholungsmöglichkeiten für unsere Universitätsangehörigen zu erweitern, schlagen die Kollegen vor, mehrere dieser transportablen Häuser, zusammen mit einer Wirtschaftsbauabteilung in einer landschaftlich schönen Gegend aufzustellen. Alle Handwerker der Universität werden von den Kollegen aufgerufen, diesen Plan zu diskutieren und bei seiner Verwirklichung zu helfen.



Aus dem Universitätsgeschehen

Die Krankenschwestern und Aufnahmeschwester der Chirurgischen Klinik protestierten einmütig gegen die Verhaftung Dr. Agartz. Sie forderten die DGB- und SPD-Führung in einem Brief auf, seine Freilassung zu erzwingen.

Vom Lehrstuhl für Fremdsprachen des Medizinischen Instituts zu Borna (Altst.-



Im Sommer nach Breege!

Schecks für das GST-Lager sind noch bei allen Grundorganisationen der GST erhältlich.

Gebiet, UdSSR) erhielt die Abteilung Sprachunterricht unserer Universität einen Brief. Den Studenten wird während ihres Studiums deutsche oder englische Lektüre im Umfang von etwa 300 000 Druckzeilen geboten. Um der erst vor kurzem gegründeten Hochschule zu helfen, schenken ihr die Angehörigen unseres Instituts Nachschlag-Literatur im Werte von 220 DM.

Karl Adolphs, der Vorsitzende des Rates des Bezirkes Leipzig, sprach am 16. April vor den Studenten der ABF über seine Erlebnisse in der Zeit des Faschismus und über die faschistische Entwertung in Westdeutschland.

Mit einem Offenen Brief wandten sich die Studenten des FMI an die Studenten der Theologischen Fakultät. Darin wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Theologen von der Fehlentscheidung der Synode, die Seelsorge über die Bonner Bruderkriegs-Armee zu übernehmen und damit faktisch ihre Kriegsvorbereitungen zu dulden, abbrechen werden.

Die Einstellung der atomaren Ausrüstung Westdeutschlands forderten alle Studenten der Philosophischen und Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, die am 17. April die Vorlesung Geschichte der Pädagogik hörten.

In einem Brief an Prof. Dr. Hahn dankten die Mitglieder des FDJ-Aktivs des 1. Studienjahres der ABF den Göttinger Professoren für ihr mutiges Auftreten gegen den Atomkrieg.

Die Schalmekapelle des Franz-Mehring-Institutes wird am 1. Mal während der Demonstration spielen, berichteten die Freunde der UZ auf Grund der Veröffentlichung vom 16. April.

Auf gemeinsame Wanderung gingen am Karfreitag Studenten der ABF mit sowjetischen Gaststudenten.

Kampf dem Revisionismus in der Wirtschaftswissenschaft

Konferenz von Wirtschaftswissenschaftlern / Diskussion war unbefriedigend

Am 5. April 1957 hielt Genosse Prof. Dr. Herbert Wolf, Direktor des Instituts für Politische Ökonomie, in einer von der Partei einberufenen wissenschaftlichen Konferenz vor den Genossen Wirtschaftswissenschaftler der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät eine Vorlesung über das Thema

„Gegen den Revisionismus in der politischen Ökonomie“

Im Anschluß an die Lektion sowie in einer weiteren Zusammenkunft am 16. April wurde über wichtige Fragen im Zusammenhang mit dem Auftreten des Revisionismus in der Wirtschaftswissenschaft diskutiert. Wir werden in unserer nächsten Ausgabe Auszüge aus der Vorlesung des Genossen Professor Dr. Herbert Wolf veröffentlichen. Im folgenden zunächst zusammengefaßte Ausschnitte aus einigen der Diskussionsbeiträge.

Genosse K a n n e r t vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED in einem längeren Diskussionsbeitrag darauf hin, daß die Schriften von Behrens und Benary in ihrem Inhalt widersprüchlich und verwirrend sind. Es war daher nicht einfach, aus den von einigen „schiefen Formulierungen“ schließlich herauszufinden, daß die Konzeption beider Arbeiten auf prinzipiell revisionistischer Grundlage steht. Gerade weil die Autoren ihre Darlegungen widersprüchlich gehalten haben, scheint es, als verträten sie den

Standpunkt des Marxismus-Leninismus und nicht revisionistische Auffassungen. Das liegt an der vom Genossen Prof. Dr. Herbert Wolf richtig festgestellten Verfahrensweise bei beiden, nach der von echten Problemen ausgegangen wird, um schließlich bei revisionistischen Konsequenzen zu landen.

Genosse Prof. Dr. Johannes Schmidt erklärte unter anderem, daß die Genossen des Instituts für Industrieökonomik anfangs von einem falschen, nicht parteilichen Standpunkt an die ökonomischen Thesen von Behrens und Benary herangegangen seien. Während man sich über deren Revisionismus in der Staatslehre im klaren gewesen sei, habe man in den von ihnen behandelten ökonomischen Fragen den „rationalen Kern“ herauschälen wollen. Man darf jedoch Staat und Ökonomie nicht voneinander trennen.

Mehrere Redner befaßten sich mit der Frage, warum es erst des Hinweises des 30. Plenums bedurft hatte, um den Revisionismus in den Auffassungen von Behrens und Benary zu erkennen, und was zu tun ist, damit künftig die Wirtschaftswissenschaftler von sich aus den richtigen Standpunkt zu denartigen Fragen einnehmen. Der Hauptmangel der Arbeit an der Fakultät besteht in den allermeisten Fällen in der ungenügenden Verbindung der Wirtschaftswissenschaftler zur ökonomischen und politischen Praxis in unserer Republik.

Genosse Jantsch setzte sich mit einigen philosophischen Fragen bei Behrens und Benary auseinander. Oft sei man der Auffassung, führte er unter anderem aus, daß theoretische Fehler auf dem Gebiete der Ökonomie gefährlicher seien als solche auf dem Gebiet der Philosophie. Dem sei zu entgegnen, daß gerade die Ereignisse in Ungarn beweisen, wie eine faule und feindliche Spontaneitäts-Ideologie Nährboden für die Konterrevolution ist. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, daß sowohl Ökonomen als auch Philosophen sowie die auf anderen Gebieten tätigen Marxistens stets gute und umfassende Kenntnisse auf dem Gesamtgebiete des Marxismus-Leninismus aufweisen.

Genosse Prof. Dr. Wolf ging in seinem Schlußwort nochmals auf das Gesetz der planmäßigen Entwicklung ein und bezeichnete die Leugnung dieses Gesetzes als den konkreten ökonomischen Hauptfehler von Behrens und Benary. Wer dieses Gesetz leugnet, kommt notwendigerweise zur Anbetung der Spontaneität. Die Auffassungen von Behrens und Benary stellen deshalb keinen Beitrag zur Ausnutzung, sondern eine Aufforderung zur eskalanten Verletzung der ökonomischen Gesetze dar. Die Eigenart des Gesetzes der planmäßigen, proportionalen Entwicklung besteht nicht darin, daß es sich von anderen ökonomischen Gesetzen im Sozialismus qualitativ unterscheidet, sondern darin, daß es Regulator

der gesamten Wirtschaft ist. Alle ökonomischen Gesetze des Sozialismus aber können nur bei bewusster Ausnutzung im Dienste des sozialistischen Aufbaus wirken. Das bedeutet nicht, daß sie keinen objektiven Charakter hätten. Die Ausnutzung dieser Gesetze ist ja nicht Angelegenheit nur der Staatlichen Plankommission, sondern sie geschieht bei der Verwirklichung der Pläne durch die Werktätigen im Einklang mit den objektiven ökonomischen Notwendigkeiten. Behrens' und Benarys Arbeiten sind nicht lediglich schwer zu durchschauen, sondern sie sind bewußt doppeldeutig und verworren. Marxistische Lehrsätze werden bei ihrer Erläuterung ins glatte Gegenteil verkehrt. Selbst richtige Lösungsversuche werden auf Grund der prinzipiell falschen Konzeption gegenstandslos.

Es sei notwendig, daß jeder Marxist in der wissenschaftlichen Arbeit drei Grundbedingungen erfüllt:

1. Richtige Aneignung der marxistisch-leninistischen Grundsätze, von denen dann ausgegangen werden muß;
2. Überprüfung der Erkenntnisse in der Praxis, wobei in erster Linie beachtet werden muß, ob diese Erkenntnisse der Arbeiterklasse nützen oder nicht, und

3. Ist es für einen Marxisten möglich und notwendig, alles so zu sagen wie er es meint. Es ist seiner unwürdig, zum Mittel der Doppelzungelei, der Verheimlichung und der Verschleierrung zu greifen.

Als aktuelle Aufgaben der Wirtschaftswissenschaften führte Genosse Prof. Dr. Wolf am Ende seines Schlußwortes unter anderem wissenschaftliche Arbeiten über den demokratischen Zentralismus, über Wertgesetz und Planung, über wirtschaftliche Rechnungsführung, über materielle Interessiertheit usw. auf.

Kritisch muß festgestellt werden, daß die Diskussion sehr schleppend in Gang kam und daß sich zu wenige Genossen an ihr beteiligten, obgleich zwischen Lektion und Diskussion sehr Tage für die Vorbereitung blieben. Gerade die Wirtschaftswissenschaftler dürfen den Auseinandersetzungen über diese Probleme, die ja ihre ureigenen sind, nicht aus dem Wege gehen. Auch hätten in der Diskussion mehr als dies geschah Schlusfolgerungen für die künftige Arbeit an allen Instituten, Lehrstühlen usw. gezogen werden müssen. Mit Recht beanspruchte der Versammlungsleiter diese Mängel und forderte die Genossen auf, die noch nicht erörterten Fragen in den Grundorganisationen und Parteigruppen eingehend zu behandeln. W. K.

Universitätszeitung / 1. Mai 1957 / Seite 2